0,50 €

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

März 03/2007

nonpd - Kampagne für "NPD-Verbot jetzt" gut gestartet

Die vom Bundesausschuss (BA) der VVN-BdA beschlossene Kampagne für die Einleitung eines neuen Verbotsverfahrens gegen die NPD begann am 25. Januar auch in Bremen mit einer guten Aktion. Sieben Kameradinnen und Kameraden hatten sich um 12:00 Uhr auf dem Marktplatz eingefunden. Mit einem weithin sichtbaren Transparent: "NPD-VERBOT JETZT" ausgerüstet, sprachen sie die Passanten mit der Bitte an, das vom BA formulierte Schreiben an die Bundestagsabgeordneten zu unterschreiben. Die Aktion fand großes Interesse und soviel Zuspruch, dass wir Akteure begeistert waren. Als wir nach einer guten halben Stunde wegen der kalten Witterung abbrachen, hatten vierundfünfzig (!), überwiegend junge, Menschen mit ihrer Unterschrift bekräftigt: *"Die NPD muss mitsamt ihren Gliederungen, Neben- und Nachfolgeorganisationen verboten und konsequent aufgelöst werden!"*

Inzwischen stieg die Zahl der Unterzeichner bis Mitte Februar auf gut 200 an. Darin inbegriffen sind auch jene der Bremer Erstunterzeichner Ludwig Baumann, Wehrmachts-Deserteur; Prof. Dr. Klaus Hübotter, Unternehmer; Joachim Barloschky, Organisationsmanager Bremen-Tenever, Klaus Busch, Gewerkschaftssekretär; Michael Breidbach, Betriebsratsvorsitzender; Michael Hünig, Arbeitsdirektor; Anne Knauf, Sozialpädagogin; Reinhardt Lippelt, Intendantdes Schnürschuh-Theaters; Hans-Günter Sanders, Pastor der Ev. Zionsgemeinde; Ernst Uhl, Pastor i.R., Sprecher der Lidice-Initiative und Prof. Jörg Wollenberg.



Auftakt der Unterschriftenkampagne auf dem Bremer Marktplatz

Ein Wort zu der Auffassung des Bundesinnenministers Schäuble und anderer Spitzenpolitiker der CDU/CSU und FDP, wie auch einiger aus SPD und Grünen: man brauche kein Verbot, es sei auch fraglich, ob es durchkomme und man müsse den politischen Kampf gegen NPD usw. führen. Mal abgesehen davon, dass der politische Kampf geführt wird (siehe Aktion am 04. November in Bremen), wenn diese Politiker so reden, tragen sie faktisch zur Stärkung der NPD und deren neonazistischer Anhängerschaft bei. Das sichert den verfassungsfeindlichen Aktionen dieser Kräfte auch noch Polizeischutz und trägt über die staatlich finanzierten NPD-Landtagsabgeordneten samt Fraktionsgeldern, Referenten und Wahlkreisbüros sowie durch die Erstattung der Wahlkampfkosten enorm zur Stärkung der Finanzfonds der NPD bei. Diese Haltung missachtet zutiefst das Grundgesetz, welches im Artikel 139 die Fortwirkung der alliierten Beschlüsse anerkennt, in denen die Existenz faschistischer Organisationen und das Wirken von Nachfolgevereinigungen verboten ist.

Angesichts der Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Beiräten am 13. Mai und der Tatsache, dass NPD und andere nationalistische Gruppierungen ihre Aktivitäten erhöhen, ist die Verstärkung des außerparlamentarischen Kampfes gegen Rechtsent- wicklung und Neonazismus unbedingt erforderlich. Die Unterschriftenkampagne für ein neues Verbotsverfahren ist meines Erachtens ein wichtiger Beitrag in diesem Kampf.

Herbert Breidbach

NPD-Aufmarsch gezielte Provokation

Am 20. Januar scheiterten 23 NPD'ler am Widerstand der Stadt und vor allem an 360 Menschen aus ganz Bremen und Umgebung, die in Osterholz gegen den beabsichtigen Aufmarsch protestierten. Für ihren dreckigen, populistischen Wahlkampf glaubte die NPD den Tod des kleinen Kevin ausnützen zu können. Sein mutmaßlicher Mörder und Ziehvater ist gegenwärtig in der Psychiatrischen Abteilung untergebracht. Dagegen wollten sie am Haupteingang zum Zentralkrankenhaus Bremen-Ost aufmarschieren. Der Beirat Osterholz konterte: Wenn die NPD den Fall Kevin instrumentalisieren will, muss sie sich an die Verbrechen ihrer Nazi-Vorgänger erinnern lassen. Der Gröpelinger Beirat solidarisierte sich auf Antrag der Linkspartei mit Osterholz. In der Auftaktrede wurden Beispiele angeführt, wohin ein biologistisches Denken letztlich führt. Das Motiv für den hunderttausendfachen Mord 1938-45 lag in der Absicht des NS-Regimes, unheilbar Kranke bei sich verschlechternder Ernährungslage nicht mehr länger durch den Krieg zu schleppen. Die Bremer Stadtverwaltung stellte die Insassen der Anstalt Hashude für rassenhygienische Forschungen zur Verfügung. Die Untersuchungen Wolfgang Knorrs führten zur Empfehlung der allgemeinen Zwangssterilisation. Das Jugend-KZ Moringen/Northeim wurde im August 1940 zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung für 16- bis 21Jährige eingerichtet, die Unterbringungszeit dieser Vorbeugehaft war nicht befristet. In gut vier Jahren wurden über 1.400 Jugendliche eingeliefert. Auch an ihnen wurden erbbiologische Untersuchungen angestellt. Mindestens 56 Jugendliche starben.

weiter geht es auf Seite 3

Keinen Quadratmeter

War es wirklich nicht mehr als ein Testballon der NPD, den Plaudertaschen ins Netz setzten? Im Zusammenhang mit dem NPD-Aufmarsch am 04. November wurde bekannt, dass sie Räume im Bremer Westen zu kaufen oder anzumieten suchten. Pastor Sänger-Diestelmeier konnte einen möglichen Verkäufer davon überzeugen die Finger davon zu lassen. Sicherlich finden sich Hausbesitzer, die marode Immobilien nach dem Vorbild des Hotels in Delmenhorst zu einem Traumpreis zu veräußern versuchen. 74 Bremerinnen und Bremer ließ diese Frage keine Ruhe. Sie trafen sich am 07. Februar in der Immanuel-Gemeinde in Walle, da sie nicht gewillt sind tatenlos dem Versuch der NPD zuzusehen, im Bremer Westen oder anderswo Fuß zu fassen. Ekkehard Lentz eröffnete die Podiumsveranstaltung des Bremer Bündnisses mit einem Hinweis auf eine gestiegene Wachsamkeit. Bernd Richter von "Haus und Grund" wies vehement auf die Qualitätsminderung hin, die ein Einzug der NPD für das soziale Umfeld bedeute. Erschreckend sei, dass dieser dumpfen Ideologie in der Regel nur mit leeren Versprechungen entgegengewirkt werde. Nach einer Studie der Bundeszentrale für politische Bildung empfänden viele Bürger die soziale Lage als bedrohlich. Das wirke sich in niedriger Wahlbeteiligung aus. Bürgerengagement sei gefragt, eine solche Entwicklung zu verhindern. Carsten Neumann zeigte am Beispiel der Brüder Ostendorf, auf welchen Feldern Faschisten heute versuchen eine Meinungsführerschaft zu erringen, auch in Bremen. Vehement plädierte er für die Unterstützung der Verbotskampagne gegen die NPD. Ihnen gehe es aktuell um den Kampf um die Straße, den Kampf um die Köpfe. Viel Geld erhalten sie heute aus Erbschaften, aus der Wahlkampferstattung und vor allem verstärkt durch den Verkauf von CDs und Kleidungsstücken mit einem breiten Angebot für Musik- und Sportrichtungen aller Art. Dazu Versuche sich bestehender Jugendeinrichtungen zu bemächtigen, um sie zum Ausgangspunkt für die Verbreitung ihrer Gedanken zu machen. Das stieß in der Diskussion auf heftige Einwände seitens der Vertreter akzeptierender Jugendarbeit. Man habe aus den Anfangsschwächen gelernt, organisierte Jugendliche nehme man nicht mehr auf. Was aber geschieht dort, wo sich die Gemeinde aus ihrer sozialen Verantwortung herauszieht, Freizeitheime ausgetrocknet werden, Kindergärten unterversorgt sind oder Förderunterricht gestrichen wird? Hier haben Faschisten eine Einstiegspforte zur Verbreitung ihres Lebensstils, der oft mit dem Aufbau mafiöser Strukturen einhergeht. Verräter verfallen der Feme hieß es Ende der 20er Jahre. Das gilt heute noch für Aussteiger. Bei all dem sollte aber nicht übersehen werden, dass jeder fünfte Deutsche offen antisemitisches und rassistisches Denken teilt und rund 9% sich den Nationalsozialismus zurücksehnen, wie eine Studie der Friedrich-Ebert-Gesellschaft belegt. Diese Gedankenwelt wurzelt in der Mitte der Gesellschaft. Wie in die Köpfe und Herzen vordringen fragte Pastor Rolf Sänger-Diestelmeier. Der Aufbau von Netzwerken ist bei veränderten sozialen Rahmenbedingungen der Weg, Faschisten den Weg in die Akzeptanz zu versperren. Beispiele gibt es in erfreulicher Anzahl, ob in Tenever oder Gröpelingen, wo der Akzent auf die gemeinsame Entwicklung des Zusammenlebens gelegt wird, quer durch bestehende soziale und kulturelle Einrichtungen. *"Wir sind auch Bremen"*, sagte ein türkischer Familienvater am 04.11. vor laufender Kamera auf die Frage, warum er mit seiner Familie an der Demonstration teilnehme.

Richard Keßler

Der Nürnberger Prozess

Kurt Pätzold hat zum Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher ein hervorragendes Buch vorgelegt. Bar jedes akademischen Schwulstes ist das Buch auch für Nichtfachleute leicht verständlich. Das Buch behandelt schwerpunktmäßig zwei Themenkomplexe, nämlich Vorbereitung und Durchführung des Prozesses und die historische, juristische und politische Auseinandersetzung mit dem Gerichtsprozess bis in die Gegenwart.

Mir persönlich hat an dem Buch besonders gefallen, dass es Kurt Pätzold gelungen ist, zu den Akteuren kurze und treffende Lebensläufe zu erstellen sowie die unterschiedlichen Strategien und Taktiken der Staatsanwälte, der Verteidiger, der Angeklagten und des Gerichts darzustellen.
Die unterschiedliche Aufarbeitung des Prozesses in der Nachkriegszeit in Ost und West ist ein Schulbeispiel für den Umgang mit Geschichte im "Kalten Krieg". Das Buch behandelt hierbei insbesondere die westdeutsche Praxis, den Prozess einerseits offiziell eher totzuschweigen und andererseits zu tolerieren, dass er von Geschichtsrevisionisten und Revanchisten diskreditiert wird.
Dem eigentlichen Buch sind zwei Exkurse über die Rolle der Industriellen (bereits im Kerntext zu Recht immer wieder hervorgehoben) und der Judenverfolgung im Prozess bzw. den so genannten Nachfolgeprozessen angefügt. Daneben gibt das Werk wesentliche rechtliche Grundlagen des Prozesses ausschnittsweise wieder, enthält eine ausführliche Chronik und ein Personenregister. Trotz seiner Verständlichkeit ist das Buch allerdings nicht geeignet dem Leser Basiswissen über die NS-Zeit zu vermitteln. Diese Aufgabe hat sich der Autor auch nicht gestellt. Grundkenntnisse über die NS-Zeit und die Naziverbrechen werden, obwohl auch am Rande immer wieder erwähnt, vorausgesetzt.

Kurt Pätzold - "Im Rückspiegel", Nürnberg, PapyRossa Verlag, 2006, 16,90 Euro, ISBN 978-89438-355-8

Ulrich St.

Von symbolischem Wert

Ursula Kongi vom Freundeskreis Marzabotto der Friedensschule Bremen wurde von der Comune Marzabotto - Partnergemeinde von Vegesack - offiziell zu einer außerordentlichen Ratssitzung am Sonnabend, den 27.02.2007, in der Friedensschule Marzabotto eingeladen. Thema war die abschließende Bewertung und Diskussion über das in La Spezia am 13.02.2007 gefällte Urteil gegen 10 ehem. SS-Soldaten, die für schuldig befunden wurden, im Herbst 1944 in Marzabotto und den umliegenden Gemeinden mehr als 800 Menschen bestialisch getötet zu haben, darunter fast ausschließlich Frauen, Kinder und alte Menschen. Das Urteil lautete lebenslänglich. Diese Strafe wird wahrscheinlich von keinem der inzwischen über 80-jährigen angetreten werden, da die Bundesrepublik Deutschland in der Regel die im Ausland verurteilten Kriegsverbrecher nicht ausliefert. (...)

Als einziger Gast aus Deutschland war Ursula Kongi eingeladen worden und wurde gebeten, auch ihrerseits zu sprechen, insbesondere darüber, wie das Urteil in Deutschland, speziell auch in den Medien aufgenommen wurde. Eine herrschte eine sehr emotionale Stimmung als U. Kongi sprach, ihre Rede wurde mit großen Emotionen aufgenommen, mit großem Erstaunen nahm man zur Kenntnis, dass die Namen der offiziell Verurteilten in praktisch keiner deutschen Zeitung veröffentlicht worden sind. Aufgrund dieser Nachricht wurde vom consiglio einstimmig beschlossen, Anzeigenplätze in deutschen Zeitungen zu kaufen und dann die Namen der Kriegsverbrecher zu veröffentlichen. Nach Beendigung der Tagung kamen viele um sich zu bedanken, es schien von größter Wichtigkeit zu sein, dass jemand aus Deutschland anwesend war und zu ihnen sprach. Anwesend bei der großen Veranstaltung an 27.02. war neben den Überlebenden und Angehörigen u.a. auch Vittorio Prodi, Bruder des italienischen Ministerpräsidenten. (...)

Internationale Friedenschule Vegesack

Das Ende der Räterepublik überdauert

Mehr als 120 Bremerinnen und Bremer versammelten sich am 04.02., um der Verteidiger der Bremer Räterepublik zu gedenken. Jugendliche des Brecht-Projekts Tage der Commune bewegten die Anwesenden zum Mitsingen. Vor 88 Jahren wurde mit Artilleriebeschuss und Freikorps der Versuch Bremer Arbeiterinnen und Arbeiter vereitelt, für dieses Land einen grundlegenden Wandel der bestehenden Gesellschaftsordnung zu erreichen. Die Übernahme von Banken und Betrieben war nicht sofort umsetzbar. Die Verordnung zur Erwerbslosenfürsorge überdauerte das Ende der Räterepublik. Arbeitszeit und Lohnbedingungen der abhängig Beschäftigten wurden zur Zeit der Räterepublik verbessert. Das Mindesteinkommen der kleinen Beamten wurde verdreifacht, die finanziellen Zuwendungen der Lehrlinge erhöht.

Mit Kreditverweigerung durch die Banken und Handelsinstitute wurde eine Insellösung ausgeschlossen. Ludwig Roselius wurde schließlich in Berlin vorstellig, um die militärische Niederschlagung des ersten zaghaften Versuchs einer grundlegenden Veränderung der Verhältnisse zu verlangen. Das in Verden unterzeichnete Abkommen zur Niederlegung der Waffen wurde nicht angenommen, in voller Kenntnis bestätigte Noske den Marschbefehl. Der Freikorps-Führer Walter Caspari erhielt für seinen Einsatz gegen die Bremer Räterepublik den Auftrag des Bremer Senats zum Aufbau der Sicherheitspolizei. Am 04. März 1933 ließ er zu, dass bewaffnete SA, SS und Stahlhelm-Männer auf dem Domshof aufmarschierten. Ludwig Roselius wandte sich am 28. Oktober 1933 an seine Mitarbeiter und forderte sie auf, in der Stunde höchster Not - wie er es nannte - voll und ganz auf Hitler zu setzen. Ein erstes Denkmal für die gefallenen Verteidiger der Bremer Räterepublik wurde 1922 als Kernstück einer Gedenkanlage errichtet. Elf Jahre später wurde es von der faschistischen Staatsgewalt zerstört. Es dauerte bis 1972, bis das heutige Denkmal entstand. Peter Reichel, ein Nachkomme der Gefallenen, stiftete vor 15 Jahren eine Tafel, die die Entwicklung der Anlage beschreibt. Inzwischen ist nicht nur der Stein mit den Namen der toten Verteidiger der Bremer Räterepublik vollkommen verwittert, sondern auch die Tafel verblasst, die die Geschichte der Denkmale wiedergibt. Der Beirat Walle ist gefordert eine lesbare neue Tafel zu errichten.


Mitglieder des Brecht-Projekts "Die Tage der Commune" trugen mit Liedern zur Veranstaltung bei

Im Anschluss an die Eröffnung erinnerte Frank Kotte, Betriebsratsmitglied bei DaimlerChrysler, an die Demonstration von Gewerkschaftern und Menschen unterschiedlicher Herkunft gegen den Propaganda-Zug der NPD am 04.11. *"Es war für mich erschütternd, mit anzusehen, wie die Nazis unter Polizeischutz ihre Hetzpropaganda abhalten konnten (...) das Potsdamer Abkommen ist verbindlich und unsere Pflicht kann es nur sein, für die Einhaltung zusorgen (...) Wir sind heute in der Situation das Grundgesetz gegen seine Macher verteidigen zu müssen. Und das nicht nur in Sachen faschistische Bestrebungen. (...) Heute finden wir uns in einer Situation wieder, die die Jahre vor dem Faschismus stellenweise schon weit übertrifft, wie z.B. das heutige Zerschlagen der sozialen Systeme (Rente, Gesundheitsreform, Hartz usw.) (...) Hier wird alles im Eilverfahren (...) durchgepeitscht. Innenminister Schäuble forderte sogar zivile Flugzeuge abschießen zu dürfen. Dieses würde alles unter den Deckmantel Terrorismusbekämpfung fallen. Die Arbeiter der Bremer Räterepublik hatten Recht, wenn sie die Wurzeln von Krieg und Faschismus und all seiner Vorbereitungen ausrotten wollten."* Nach der Veranstaltung nahm ein kleiner Teil der Versammelten im Westend an einer Szenischen Lesung der Pöhland-Briefe von Doris Kachulle teil.

Raimund Gaebelein

Fortsetzung von Seite 1

In ganz Deutschland wurden 1934 bis 1945 etwa 400.000 Menschen, die an einer körperlichen oder geistigen Krankheit litten, zwangssterilisiert. Der Euthanasie fielen in den Heil- und Pflegeanstalten während der Kriegsjahre 300.000 Menschen zum Opfer.

Für den Arbeitskreis Tenever führte Joachim Barloschky im Anschluss an die Auftaktrede aus, die Anfänge seien schon wieder da. Hinter der erneuten Naziprovokation verberge sich Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Spießertum! Tenever sei ein Integrationsortsteil von Menschen aus 88 Nationalitäten. *"Fast 70% der Deutschen (...), die sich der politischen Mitte zurechnen, sind der Meinung, dass wir ,zu viele Ausländer im Land' haben. (...) Und wir sehen auch mit großer Sorge die immer stärkere Spaltung unseres Landes und unserer Stadt in Arm und Reich!"* Die meisten Demonstranten nahmen an der Kundgebung des Beirats am Denkmal IRRSTERN auf dem Krankenhausgelände teil. Bürgerschaftspräsident Christian Weber forderte die Anwesenden auf, den menschenverachtenden Parolen der Neonazis entgegenzutreten. Es reiche längst nicht mehr aus den rechten Rand zu ignorieren. Pastorin Inge Kuschnerus erinnerte an die Deportation und Ermordung von Patienten dieser Klinik in die Tötungsanstalten von Hadamar und Meseritz.

Die Fehler, die staatlicherseits zum Tod von Kevin geführt hätten, müssten frei von Ideologien aufgearbeitet werden. Die Demonstration wurde zur Heerstraße fortgesetzt und nach zwei Stunden aufgelöst.

Raimund Gaebelein

STOLPERSTEINE

"Jetzt steht ein Mensch vor Augen"

Die Landeszentrale für politische Bildung und der Verein Erinnern für die Zukunft e.V. zeigten am 01. Februar einen Film mit Orten, an denen der Künstler Günter Demnig Stolpersteine vor den Häusern gesetzt hat, in denen Menschen gewohnt haben, die in der Nazizeit wegen ihres Glaubens oder ihres Widerstandes gegen das Regime verfolgt und ermordet wurden.

Frau Johr erklärte in ihrer Begrüßungsrede: Stolpersteine, das sind kleine Betonquader mit Messingtafeln, auf denen der Name, das Alter und der Weg in den Tod des Opfers eingraviert sind. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr ist Schirmherr dieser Aktion. Seit 2004 wurden in 162 Städten Deutschlands 8.000 dieser Steine verlegt, davon 114 in Bremen an 45 Orten. Die Stolpersteine werden über Patenschaften von BürgerInnen, Schulklassen oder auch Vereinen finanziert. Seit 2006 sponsert Blumen Lauprecht, Vor dem Steintor, die Rosen, die bei der Einweihung auf die Steine gelegt werden.

Der an diesem Abend dazu gezeigte Film war sehr beeindruckend. Er zeigte nicht nur Günter Demnig bei der Verlegung der Steine, sondern vermittelte in Ausschnitten aus den Gedenkansprachen auch viel über das Leben der Ermordeten.

weiter geht es auf Seite 4

Veranstaltung zum 30. Januar 1933

Am 30. Januar 2007 hatten die DGB-Jugend, die VVN-BdA und das Friedensforum zu einer Veranstaltung ins Gewerkschaftshaus eingeladen. Als Referent sprach der Journalist Otto Köhler. Die Veranstaltung war gut besucht und alle Anwesenden verfolgten aufmerksam den Vortrag.

Otto Köhler wies in seinen Ausführungen nach: Adolf Hitler übernahm am 30. Januar 1933 mit großer ideeller und finanzieller Unterstützung der Industrie und der Banken die Macht. Mit einer Fülle von Argumenten konnte Herr Köhler nachweisen, dass die Industrie und führende Leute der Banken schon viele Jahre vor 1933 die Wahl von Hitler vorbereiteten. Eingebunden in diese Vorbereitung waren die damaligen bürgerlichen, konservativen Parteien. 1928 bereits beschloss die Industrie die NSDAP mit Geld zu unterstützen. Geld floss von den Banken und anderen Großunternehmern, es waren 1928 schon 25 Millionen Reichsmark.

Hitler sprach 1932 vor Industriebossen und versprach ihnen alles. Sein Programm sah vor, die Gewerkschaften zu verbieten, den Marxismus auszurotten und die Aufrüstung voranzutreiben. Damit hatte er diese Industriellen auf seiner Seite. Sie sagten ihm ihre volle finanzielle Unterstützung zu.

Am 25. Mai 1932 traf Hitler sich mit dem Vorsitzenden der I.G. Farben, Herrn Bütefisch (er war später verantwortlich für die Herstellung des Giftgases, mit dem Millionen Menschen in den Konzentrationslagern umgebracht wurden). Bütefisch wurde 1945 verurteilt, kam nach kurzer Zeit wieder frei und wurde von der Adenauer-Regierung 1964 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Sechzehn Tage nach der Verleihung musste er das Große Bundesverdienstkreuz wieder hergeben.

Im Februar 1933 gab es eine Zusammenkunft Adolf Hitlers mit den Generälen der Reichswehr. Alle technischen Voraussetzungen für die militärische Aufrüstung fand Hitler schon vor. 1935 berichtete die Reichswehr über den Stand der Wiederaufrüstung. 60 Divisionen standen bereit. Otto Köhler führte dann aus, was schon vor Gründung der BRD begann. Die Adenauer-Regierung arbeitete mit der CIA-, den Nazigenerälen und dem Büro Gehlen, später BND, zusammen. Sie bereiteten den Aufbau einer neuen Armee vor. Das passierte entgegen aller Veröffentlichungen westlicher Alliierter, die lautstark verkündet hatten, keine Wiederaufrüstung in der BRD zu zulassen.

Die Versammlungsleiterin, Frau Barbara Heller vom Friedensforum, dankte dem Referenten für seine aufschlussreichen Ausführungen und wies darauf hin, dass die VVN-Bund der AntifaschistInnen eine bundesweite Kampagne für ein neues NPD-Verbotsverfahren eingeleitet habe.

Ingeborg Breidbach

Gratulation an Hübotter

Am 23. Januar erhielt Prof. Dr. Klaus Hübotter im Rahmen eines Festaktes im Rathaus die erstmalig vergebene "Bremer Auszeichnung für Baukultur". Gewürdigt wurde sein Lebenswerk, sein *"unschätzbarer Beitrag für die Erhaltung stadtgeschichtlicher Bausubstanz in Bremen und auch in der Partnerstadt Riga"*. Wir gratulieren unserem Kameraden Klaus dazu von ganzem Herzen und wünschen ihm, der sich seit vielen Jahrzehnten engagiert für eine antifaschistisch-demokratische und friedliche Entwicklung unseres Landes einsetzt, alles Gute.

Der Landesvorstand

Literarischer Feierabend

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Das Blaue Sofa" liest Raimund Gaebelein am 20.03. um 18:15 Uhr in der Stadtbibliothek West aus dem Roman "Anlass zur Unruhe" von Eric Ambler (1909-1998). Der Spionageroman spielt 1938. Nach langer Arbeitslosigkeit erhält ein britischer Ingenieur von einem Rüstungsbetrieb die Stelle des Leiters ihres Mailänder Zweigwerks. Am Vorabend des Münchner Abkommens gerät er in das Intrigenspiel zwischen italienischem, deutschem und sowjetischem Geheimdienst. Er muss um sein Leben fliehen.

Fortsetzung von Seite 3

In der anschließenden Diskussion wurde von einem Teilnehmer betont, es sei notwendig nicht nur an die Ermordeten zu erinnern, es sei wichtig die Täter zu nennen. Die Projektleiterin, Frau Johr, dankte abschließend dem Künstler Günter Demnig, der fast alle Stolpersteine selbst herstellt und verlegt, und dem Produzenten der filmischen Dokumentation, Holger Wessels.

Ingeborg Breibach

www.vvn-bda.de

"Der Bremer Antifaschist", kurz BAF, ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA) und erscheint monatlich.

Wir sind in der Bürgermeister-Deichmann-Straße 26, 28217 Bremen, erreichbar.
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18
Montag: 17:00 - 18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00 - 19:00 Uhr

E-Mail: bremen@vvn-bda.de
Internet: www.bremen.vvn-bda.de
Internet: www.kueste.vvn-bda.de

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ: 29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder über unser Büro (382914 bzw. bremen@vvn-bda.de) oder über Raimund Gaebelein (6163215 oder 0173-9350476) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.
Der Landesvorstand trifft sich am letzten Montag eines Monats von 18:00 - 20:30 Uhr.
Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Mich interessieren folgende Themen:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Erinnerungsarbeit

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit einzelne Aktionen zu unterstützen.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise / regelmäßig beziehen.

Name ____________________
Straße ____________________
PLZ, Ort ____________________
Bremen, den ____________________